

Pressemitteilung

Verwunderung über Rücknahme des Satzungsbeschlusses „Rinn’sche Grube“

Christdemokraten sind nach der Stadtverordnetenversammlung irritiert.

GIESSEN. Große Verwunderung und Irritation herrscht in der CDU-Fraktion nach der gestrigen Stadtverordnetenversammlung über die Rücknahme des Satzungsbeschlusses „Rinn’sche Grube“. Nachdem der Aufstellungsbeschluss zu diesem Bebauungsplan bereits am 03.05.2018, also über vier Jahren (!) erfolgte, danach umfangreiche Abstimmungen weiter konkretisiert und im Bebauungskonzept endlich die Ausarbeitung eines Vorentwurfs beschlossen wurde, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt, dort erhobene Einwendungen und Anregungen abgewogen wurden, sollte endlich in der Stadtverordnetenversammlung am 02.06.2022 der Satzungsbeschluss erfolgen.

„Dass dieser Satzungsbeschluss, von der Tagungsordnung genommen wurde ist, sehr verwunderlich“, erklärt Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller im Anschluss an die Sitzung. Dabei liegen alle Voraussetzungen für die insgesamt ca. 2,5 ha große noch unbebaute Fläche, der ehemaligen „Rinn’schen Grube“, vor. So gab es auch im federführenden Bauausschuss keine weitere große Diskussion über den Satzungsbeschluss, sodass die Vorlage entsprechend einstimmig beschlossen wurde. Informationen über einen eventuellen Rückzug seitens des Investors wurden vom Magistrat in keiner Weise getätigt.

„Die nun erfolgte Absetzung von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung ist eine große Enttäuschung auch für den Ortsteil, der einer Umsetzung der Planung für ein zeitgemäßes und vielfältiges Wohngebiete in landschaftlich reizvoller Lage, an der Schnittstelle zwischen Stadt- und Landschaftsraum, schon lange entgegenseht“, meint Fraktionsgeschäftsführer Frederik Bouffier: „Der Stadtteil sollte durch dieses Projekt insgesamt gestärkt und der Nachfrage nach Baugebieten Rechnung getragen werden.“

„Unter der jetzigen linksregierten Stadtkoalition scheint es wohl nur bei einem Versuch zu bleiben, mehr Wohnraum zu entwickeln. Die Nachfrage nach Bauland ist offenkundig riesig. Leider führt dieses schlepp wirkende Verwaltungshandeln dazu, dass die Hoffnungen vieler junger Familien auf Wohnung und vieler Gewerbetreibende auf geeignete Flächen durch die Regierungskoalition auf die Geduldsprobe gestellt wird“, fasst Möller zusammen.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung